Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 20 Pfg.

60. Jahrg. | Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-88.

Montag, 13. Juni 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12.—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breitenmm-Nettogrundzeile Mk. 1.50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5950-55.

Nr. 271
B 61

Tages-Spiegel.

„Daily Expreß" meldet, daß die britische Reichskonferenz zum 20. Juni vertagt worden ist.

★

Der englische Gesandte in Warschau droht an, daß er keine Pässe fordern wird.

★

Der amerikanische Finanzier Vanderlip erlangte wichtige Konzessionen von der Sowjetregierung.

★

König Konstantin von Griechenland ist mit Gunaris in Smyrna eingetroffen.

Der Aktionsplan in Oberschlesien.

Ueber die Lage in Oberschlesien werden von verschiedenen Seiten Nachrichten verbreitet, die den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechen. Die Sachlage ist, wie wir erfahren, folgende:

Die Interalliierte Kommission hatte vor einigen Tagen einen Aktionsplan ausgearbeitet, der eine beiderseitige Räumung des oberschlesischen Gebietes, und zwar sowohl durch die polnischen Insurgenten wie durch den deutschen Selbstschutz, vorsah. Diese Räumung sollte im Verhältnis von 4:1 vor sich gehen, d. h. die Insurgenten sollten jeweils ein viermal so großes Gebiet räumen wie der deutsche Selbstschutz. Da die polnischen Aufrührer einen viermal so großen Teil Oberschlesiens besetzt hatten wie der deutsche Selbstschutz, wäre Oberschlesien zu gleicher Zeit von beiden Seiten geräumt worden. Dieser Plan ist gescheitert, da der deutsche Selbstschutz sich hiermit nicht einverstanden erklären konnte.

Man ist daher von diesem Plan abgekommen und hat einen zweiten Aktionsplan aufgestellt. Nach diesem soll der deutsche Selbstschutz in seinen bisherigen Stellungen stehen bleiben und nach der Durchführung der Aktion sich auflösen. Neben diesem Plan haben polnischen Insurgenten und der General Hoefer einigende Besprechungen stattgefunden. Der Zwölferausschuß, die politische Vertretung der deutschen Bevölkerung in den von den Polen nicht besetzten Gebieten, der sich aus allen Parteien zusammensetzt, hat sich nur unter bestimmten Bedingungen mit diesem Aktionsplan einverstanden erklärt.

Die Forderungen des Zwölferausschusses lauten:

I. Eine Räumung des von dem Selbstschutz besetzten Gebietes kommt nicht in Frage.

II. Wenn der Aufstand restlos und wirksam niedergeschlagen ist, wenn Leben und Eigentum der oberschlesischen Bevölkerung sichergestellt und der alte Rechtszustand wiederhergestellt ist, hat der Selbstschutz seinen Zweck erfüllt und löst sich auf.

III. Wie erachten diese Zukunft als gekommen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) tatsächliche Entwaffnung der Insurgenten und Entfernung der bankfremden Truppen und Banden aus Oberschlesien;

b) eine wirksame und lückenlose Sperrung der Grenze gegen Polen;

c) Errichtung einer zentral-geleiteten Polizeitruppe, die nur aus Leuten besteht, die ihrer Persönlichkeit und ihrem Verhalten nach geeignet sind und sich in keiner Weise weder mittelbar noch unmittelbar an der polnischen Insurrektion beteiligt haben. Gemeindewehren müssen abgelehnt werden;

d) Einleitung von Strafverfahren; gegen die am Aufstand Schuldigen keine Amnestie;

e) Besetzung aller von den Insurgenten geschaffenen Institutionen, insbesondere auf dem Gebiet der Verwaltung;

f) ausreichender militärischer Schutz der industriellen Werke, um Arbeitswillige vor Terror zu bewahren.

IV. Der dem Aufstand so schwer getroffenen oberschlesischen Bevölkerung ist durch Einsetzen eigenster Instanzen die Möglichkeit zu gewähren, sich von der Erfüllung obiger Bedingungen zu überzeugen.

Man hat versucht, am Sonnabend noch mit der Interalliierten Kommission auf dieser Grundlage zu verhandeln. Heute nachmittag finden, wie wir erfahren, neue Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und dem Zwölfer-Ausschuß in dieser Angelegenheit statt.

Mit der Durchführung des neuen Aktionsplanes soll heute begonnen werden, und zwar soll der Vormarsch der interalliierten Truppen sowohl vom Norden wie vom Westen aus einsetzen. Nachrichten darüber, daß diese Säuberungsaktion heute tatsächlich begonnen hat, liegen heute mittag noch nicht vor.

Die Bedenken, die in den Forderungen des Zwölferausschusses zum Ausdruck gekommen sind, sind in der Tat sehr ernster Natur, denn die geplante Aktion ist in der Tat nicht geeignet, den Aufstand voll zu liquidieren. Die Insurgenten werden dadurch nicht gezwungen, das Land zu verlassen oder die Waffen abzugeben. Es ist zu befürchten, daß die Aufständischen im Lande bleiben und ihre Waffen bei gegebener Gelegenheit wieder hervorholen. Die interalliierten Truppen würden so zwar äußerlich ihre Autorität wieder herstellen, indem sie das ganze Gebiet besetzen, aber damit wäre Oberschlesien nicht vor der Gefahr eines neuen Aufstandes gesichert.

★

Der Generallandschaftsdirektor von Schlesien, der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer von Schlesien und der Landeshauptmann von Schlesien richten angesichts der sich täglich fortsetzenden Zerstörung und Schädigung Oberschlesiens an die Heeresleitung der interalliierten Truppen mit aller Energie die Forderung: durch eine entschiedene militärische Offensive, die einem strafsofen Uebertritt der beutebaladenen Insurgenten nach Kongreßpolen vorbeugt, die Banden zur Rechenschaft zu ziehen und ihnen wenigstens einen Teil der Beute abzujagen, vor allem aber der planmäßigen Zerstörungswut dieser Bolschewisten-Horden. ein rasches Ziel zu setzen.

Englisch-polnischer Zwischenfall.

Drahtmeldung.

London, 13. Juni. (W. T. B.)

„Daily Expreß" meldet aus Warschau, daß infolge der zeitweiligen Zurückhaltung eines Angestellten des britischen Postbureaus durch die polnischen Behörden der britische Gesandte eine Entschuldigung von der polnischen Regierung gefordert hat. Ministerpräsident Witos drückte sein aufrichtiges Bedauern über den Zwischenfall aus.

Der britische Gesandte bestand auch darauf, daß sich der für den Vorfall verantwortliche Präsident des polnischen Kriegsgerichts innerhalb kurzer Zeit entschuldige. Wenn diese Entschuldigung nicht erfolge, werde der britische Gesandte seine Pässe fordern.

Die „Linie der englischen Politik".

London, 12. Juni. (W. T. B.) „Observer" schreibt zur Rede Churchills in Manchester, kein vernünftiger Mensch wolle, daß England und Frankreich entfremden, um Deutschland zu versöhnen. Es gebe eine größere Politik. Nichts anderes könne die alte Welt wieder in Ordnung bringen als die Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Deutschlands. Das Blatt betont, daß die Stellungnahme der französischen Presse zu der Rede Churchills nicht feindlich gewesen sei, und erklärt, daß man sich in Frankreich schon seit Wochen mit der Frage einer Annäherung an Deutschland befasse. Die Franzosen begännen einzusehen, daß dies der wahre Ausweg sei und daß sein anderer Ausweg bestehe. „Observer" gefolge ist nicht daran zu zweifeln, daß Churchill in seiner großen Rede die unverweilliche Klinke gegeigt hat, auf der sich die künftige englische Politik bewegen wird.

Die große Ententekonferenz.

P. London, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Reichsminister Lloyd George wieder vollkommen hergestellt ist, hat er auf heute einen Kabinettsrat einberufen, in dem die Konferenzfrage besprochen werden soll. Man erwartet, daß England eine Tagesordnung aufstellt und Frankreich einen Termin vorschlagen wird zur Besprechung aller Fragen wegen der Abhaltung einer großen Konferenz; Englischerseits will man diese Konferenz nach vorder Reichskonferenz stattfinden lassen.

Vgl. die Notiz im Tagesspiegel, nach der die Reichskonferenz bereits am 20. d. M. eröffnet werden soll.

Zur Beilegung des englischen Streiks.

P. London, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Expreß" erfährt vom Vorstande der Bergarbeiterverbände, daß die Bergarbeiter sich für den Abstimmungsmodus der einfachen Stimmenmehrheit entschieden haben, da die Arbeiterführer für die Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben haben. Die Annahme der Bedingungen erscheine außer allem Zweifel. In Wales sind die Bergarbeiter bereit, die Arbeit schon am Donnerstag nach dem Abstimmungstage wieder aufzunehmen.

London, 13. Juni. (E. P.) In Londoner Arbeiterkreisen verlautet, daß die Bergwerksarbeiter das Angebot der Bergwerksbesitzer annehmen werden, und daß die Arbeit am 20. Juni wieder aufgenommen werden solle.

England und die Meerengen.

Drahtmeldung.

London, 13. Juni. (W. T. B.)

„Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel: Wenn es sich in dem Streit zwischen Griechenland und der Türkei nur um einen Streifen Landes handeln würde, dann könnte man Griechenland und die Türkei ihren Streit untereinander ausfechten lassen. England wolle sicher keinen Krieg, obgleich es, falls es was es wolle, bereit sein müßte, die Kontrolle der Meerengen durch die Alliierten zu schützen. Darüber bestehe nicht die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen England, Frankreich und Italien. Es dürfte jedoch leinerlei militärische Aktion in Erwägung gezogen werden, ehe alle Aufschmittel der Diplomatie angewandt worden seien.

König Konstantin in Smyrna.

London, 13. Juni. (W. T. B.) „Times" melden aus Smyrna die Ankunft König Konstantins auf dem Kriegsschiff „Kemnos", das von einer Flotille Zerstörer begleitet war. Mit dem König trafen der Kronprinz, die Prinzen Andreas und Nikolaus, Ministerpräsident Gunaris und der Kriegsminister ein. Smyrna war geschmückt und beflaggt. Der König begab sich an die Front.

Griechische Flottentätigkeit.

London, 13. Juni. (E. P.) Es wird offiziell mitgeteilt, daß griechische Kriegsschiffe Zougouldak und Rembolo bombardiert haben. In beiden Städten ist großer Schaden angerichtet worden. Ein griechischer Zerstörer hat Karemoussal im Marmarameer bombardiert.

Ententekontrolle in Konstantinopel.

P. London, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Telegramm aus Konstantinopel haben die Ententekommissare den nach Kleinasien fahrenden Dampfern die Beförderung von Passagieren bis auf weiteres verboten. Die Fremdenkontrolle ist in Konstantinopel und auf der östlichen Uferseite des Bosporus verschärft worden. Vier Offiziere des Kemalkheres wurden in Konstantinopel festgenommen, als sie mit einer großen Angahl türkischer Freiwilliger abreisen wollten.

Paris, 12. Juni. (W. T. B.) Havas bestätigt in einer Meldung aus Konstantinopel die gestern gemeldete Ankunft Bekir Sami Beys in Rhodus. Nach Konstantinopler Blättern soll er erklärt haben, daß er in amtlichem Auftrag nach Rom und Paris reise.

Dr. Rathenau und Loucheur.

Besprechungen in Wiesbaden.

Der Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Rathenau, hat sich nach Wiesbaden begeben, um mit dem französischen Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, zu zweitägigen Besprechungen zusammenzutreffen. Gestern wurden die Fragen der internationalen Wirtschaftslage im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem in fünfstündiger persönlicher Aussprache der beiden Minister erörtert. Dabei kamen die Fragen der Sachleistung, Arbeitsleistung und Finanzierung zur Sprache. Heute soll eine Reihe von Einzelfragen erörtert werden. Uebereinstimmung herrschte in dem Bestreben, die Aufgabe des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete im großen Ausmaß und in verstärktem Tempo zu fördern.

Harding gegen Bündnisse.

London, 13. Juni. (W. T. B.) Der Sonderberichterstatter der „Morning Post" meldet aus Washington, die amerikanische Regierung habe nicht die Absicht, sich an irgendeinem europäischen Bündnis zu beteiligen, sei es mit England oder mit Frankreich, und von ihrer angenehmen Politik des Nichteinmischens in die europäischen Angelegenheiten abzuweichen.

Harding wünsche enge und freundschaftliche Beziehungen mit England zu pflegen; er werde daher keinen Versuch, eine englisch-amerikanische Reibung hervorzurufen, billigen. Ein solcher Versuch sei bereits ohne Erfolg unternommen worden. Hardings Achtung und Freundschaft gegenüber England bedeute aber laut „Morning Post" keineswegs, daß er für Frankreich weniger herzliche Gefühle hege.

Amerika und die Wiederherstellung.

Paris, 13. Juni. (W. T. B.) Nach einem Radiotelegramm der „Chicago Tribune" aus Washington ist im Staatsdepartement erklärt worden, daß man die Fortschritte begrüßt, die Deutschland in der Erfüllung der ihm von der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen gemacht habe.

Amerikas militärisches System.

Paris, 13. Juni. (W. T. B.) Wie „Havas" aus Washington meldet, hat Harding alle amerikanischen Bürger aufgefordert, während des Sommers im militärischen Bürgerlager zu gehen, wenn es ihnen möglich sei. Er bestre, daß ein ausgedehntes System zustande komme, durch das mindestens hunderttausend Mann im Jahr ausgebildet werden.

Die Resolution Porter.

Paris, 13. Juni. (W. T. B.) Zu dem Beschlusse des Repräsentantenhauses, an der Resolution Porter keine Abänderungen mehr vorzunehmen, teilt „Chicago Tribune" noch aus Washington mit, daß der Senat die Resolution Kenyon bereits angenommen habe, so werde durch die Annahme der Resolution Porter im Repräsentantenhause ein langwieriger Kampf zwischen beiden Körperschaften entbrennen, dem möglicherweise nur durch das Eingreifen des Präsidenten ein Ende bereitet werden könne.

Die Oelfelder auf Sumatra.

Paris, 13. Juni. (W. T. B.) Wie „Chicago Tribune" aus Washington meldet, hat das Staatsdepartement eine Note an Holland veröffentlicht, in der Vereinigten Staaten die holländische Auffassung ablehnen, das amerikanische Ersuchen um Beteiligung an der Ausbeutung der Oelfelder in Djambi auf Sumatra sei zu spät gestellt worden.

Vanderlips russische Pläne.

Eigene Drahtmeldung.

L. N. S. London, 13. Juni.

Der amerikanische Finanzmann Vanderlip ließ der Presse die Meldung zugehen, daß ihm die Sowjetregierung eine 400 000 englische Landesmeilen umfassende Landkonzession auf Kamtschatka definitiv bestätigen habe. Außerdem aber tritt die Sowjetregierung an die Vereinigten Staaten zwei Flottenbasen an der russischen Küste des Stillen Ozeans auf ewige Zeiten ab. Die eine liegt in der Awatschabucht und ist von 20 Seemeilen tiefen Wassern umgeben. Sie ist von genügender Größe, um alle Flotten der Welt aufzunehmen. Diese Flottenbasis hat vorgen der hohen Klippen, die die Küste schützen, Ausblick, ein neues Gibraltar zu werden. Die andere Basis liegt in der Nähe von Wladiwostok. Sie eignet sich als Kohlenstation.

Bekanntlich gehört Amerika zu jenen Regierungen, die amtlich jegliche Berührung mit den Sowjets ablehnen. Der amerikanische Finanzmann Vanderlip bemüht sich primitiv schon seit längerer Zeit darum, wichtige Konzessionen in Kamtschatka zu erhalten. Man muß ihm zunächst die Verantwortung für die Richtigkeit der Nachrichten überlassen. Was Vanderlip von der Bereitwilligkeit der Sowjets behauptet, den Vereinigten Staaten Flottenbasen im Fernen Osten anzutragen, ist wohl hauptsächlich darauf berechnet, in gewissen Kreisen der öffentlichen Meinung Amerikas für Vanderlips Pläne Stimmung zu machen. Ferner fragt es sich auch, wieweit die Autorität Moskaus in jenen Gegenden überhaupt noch anerkannt wird.

Belgischer Kohlenüberfluß.

gr. Antwerpen, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die durch das Spaa-Abkommen an Belgien von Deutschland zu liefernden Kohlen sind jetzt mehr abgesetzen, weil der Bedarf in Belgien mehr als genug durch belgische Kohle gedeckt wird. Die deutschen Kohlen müssen gelagert werden, wodurch bis jetzt Kosten in Höhe von drei Millionen Franken entstanden sind.

Italiens Mißerfolge im Orient.

Eigene Drahtmeldung.

Rp. Rom, 13. Juni.

Der Sturz des kemalistischen Ministers Bekir Sami Bey und die Ablehnung des Vertrages betreffs der italienischen Einflußzone seitens der Angora-Regierung bedeuten einen Mißerfolg der italienischen Orientpolitik. Die Lage in Kleinasien ist für Italien durch die kriegerische Zuspitzung der Orientkonflikte und die Haltung Englands sowie durch das schärfere Hervortreten des nationalistischen Charakters der türkischen Aufstandsregierung bedenklich geschwert. Der Rückzug der italienischen Truppen aus Adalia wird halbamtlich damit begründet, daß es Italien unter allen Umständen vermeiden müsse, in das kriegerische Vorgehen mit hineingezogen zu werden.

Offenbar will man einen günstigeren Zeitpunkt abwarten, um die Sicherung der italienischen Einflußzone in Kleinasien weiter zu verfolgen. Die in Mesopotamien stehenden Truppen werden nach halbamtlicher Mitteilung dort belassen. Im Hafen von Adalia bleiben nur einige kleinere Kriegsschiffe. Von mehreren Seiten wird die Hoffnung geäußert, daß die energische Flottendemonstration, von der man eine Schädigung des italienischen Prestiges befürchtet, unterbleiben werde. Die nationalistische Presse beschuldigt die Regierung heftig, daß sie auf die so glücklich eingeleitete Politik in Kleinasien verzichten wolle.

Die italienische Thronrede.

Rp. Rom, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Thronrede findet in der Presse eine im allgemeinen günstige Aufnahme. Die Blätter äußern darüber, die Regierung habe ihr Programm aufgestellt mit der deutlichen Absicht, die katholische Volkspartei zur Mitarbeit zu gewinnen. Daher komme es ihr in bezug auf die Freiheit der Privatschulen entgegen. Von mehreren Seiten wird ein Eingehen auf die Probleme der äußeren Politik vermißt. Die deutschen Abgeordneten aus Südtirol nahmen an der gestrigen Eröffnungssitzung der Kammer nicht teil, da sie auf Grund einer Aeußerung des faschistischen Abgeordneten Giunta einen Zwischenfall befürchten mußten. Die Angelegenheit wurde durch gegenseitige Erklärungen beigelegt, so daß nunmehr angenommen ist, daß die Faschisten den Deutschen gegenüber in der Kammer Zurückhaltung bewahren.

Sozialistische Opposition in Italien.

Rp. Rom, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die parlamentarische Gruppe der Sozialisten beschloß in ihrer Gesamtheit, in die Opposition gegenüber dem Kabinett Giolitti einzutreten.

Die Anti-Dumping-Maßregel Kanadas.

Wie gemeldet wird, hat das kanadische Parlament die von der Regierung vorgeschlagene Anti-Dumping-Maßregel angenommen. Danach wird die Festsetzung des für die Verzollung der eingeführten Waren maßgebenden Wertes unter Berücksichtigung des normalen Wertes und der Produktionskosten, zuzüglich eines angemessenen Gewinnes erfolgen. Wie das geschehen soll, darüber besteht noch die näheren Nachrichten.

Außerdem ist als Zusatz zum Zollgesetz eine Valutaklausel angenommen worden, nach welcher bei der Verzollung jede 50 % übersteigende Geldentwertung außer acht bleiben soll. Wenn also bis zum Erlaß die Mark für die Zwecke der Zollbehörde zu 24 Cents gerechnet wurde, dann soll sie jetzt mit 12 Cents in Anzug gebracht werden. Bei dem heutigen Stande der Mark zum kanadischen Dollar bedeutet das, daß bei allen von Deutschland eingeführten zollpflichtigen Waren ungefähr der siebenfache Zollsatz erhoben wird. Es bedarf keiner Frage, daß es dadurch gänzlich unmöglich wird, noch irgendwelche zollpflichtigen Waren von Deutschland nach Kanada einzuführen.

Die Exporteure, die noch Ware für Kanada haben, werden gut tun, diese mit dem Dampfer anzuführen, nachdem sie sich die nötige Sicherheit verschafft haben, daß die Waren bei Ankunft angenommen werden und sie keinerlei Schwierigkeiten haben.

Marokkanische Angriffe.

ri. Paris, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Depesche aus Ceuta (Marokko) hat der französisch von den französischen Streitkräften verjagte Emir Abdul Malik seine Truppen wieder gesammelt und bereitet einen neuen Angriff gegen die französischen Lager von Fellagian und Zernat vor. Die Truppenstärke des Emirs soll über 8000 Mann betragen, worunter sich auch andere mohammedanische Krieger als die Eingeborenen befinden.

Internationale Gewerkschaftler nach Oberschlesien.

Breslau, 13. Juni. (Z. U.) Die Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die vor einiger Zeit nach Oberschlesien zu gelangen versuchte, um dort an Ort und Stelle ein Bild der Verhältnisse und damit eine Grundlage für eine selbständige Stellungnahme der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu gewinnen, mußte damals bekanntlich unverrichteter Sache umkehren. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Zimmen-Amsterdam, und das Vorstandsmitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Johaux-Paris, wollen jetzt die Besichtigungsreise erneut versuchen. Sie treffen voraussichtlich heute abend oder morgen in Oppeln ein.

Konvention der Kleinen Entente.

Eigene Drahtmeldung.

W. Klagenfurt, 13. Juni.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, traf dort der rumänische Minister des Aeußeren Take Jonescu ein, um dem Ministerrat den unterzeichneten Bündnisvertrag vorzulegen. Es verlautet hier, daß eine rumänische Militärmission, die unter der Führung des Generalstabschefs General Christescu steht, nach Prag und Belgrad reisen wird, um mit der Tschecho-Slowakei und Jugoslawien Militärkonventionen abzuschließen.

Der rumänische Minister des Aeußeren war kürzlich bereits in Belgrad, um über das Militärabkommen zwischen Rumänien und Südslawien zu verhandeln. Es handelt sich um einen unter den Auspizien Frankreichs unternommenen Ausbau der sogenannten Kleinen Entente, der sich dem Bertrage von Rapallo auch Italien nicht ungünstig gegenüberstellt. Rumänien hat bereits eine militärische Abmachung mit Polen getroffen, und der ehemalige italienische Generalstabschef Badoglio war kürzlich in Ungarn. Graf Sforzas Bemühungen, in der oberschlesischen Frage, die Polen und Franzosen möglichst zu unterstützen, hängen gewissermaßen auch mit dieser Politik in den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten und auf dem Balkan zusammen. Die Erweiterung der Kleinen Entente bedeutet nämlich die Ausschaltung einer Wiederaufrichtung der Habsburgischen Doppelmonarchie etwa in der Form eines Donaubundes, wie er französischen Elementen noch bis vor kurzem vorschwebte. Zugleich enthält die Festigung der Kleinen Entente eine Spitze gegen die monarchistischen Bewegungen in Ungarn, sowie auch, was Frankreich natürlich sehr gelegen kommt und auch dem Grafen Sforza recht zu sein scheint, eine gewisse Drohung gegen Oesterreich wegen seines Beharrens auf dem Gedanken des Anschlusses an Deutschland.

Der neue Präsident des amerikanischen Shipping-Board.

Aus Washington wird gemeldet, daß Herr Albert D. Lasker aus Chicago, bisher Präsident und Besitzer der „Lord and Thomas Advertising Agency" die Funktion als Präsident des Shipping Board übernehmen wird. Damit würde der erste Israelit unter den Präsidentschaft Harding mit einem hohen offiziellen Amte betraut werden.

Die „Times" benutzt diese Gelegenheit, um die Amerikaner auf die völlige Verfehltheit ihres staatlichen Schiffahrtsunternehmens hinzuweisen. Mit sichtbarer Freude an den Schwierigkeiten des amerikanischen Konkurrenten stellt sie fest, daß der Shipping Board mit einer täglichen Unterbilanz von rund 1 Million Dollar arbeitet. Das ganze Problem für den neuernannten Leiter könne nur das sein, wie die Liquidation möglichst bald durchzuführen wäre. Senator King hatte neulich den ganzen Shipping Board richtig charakterisiert, wenn er ausführte: Der „Shipping Board" und die „Emergency Fleet Corporation" verbrauchte 3700 Millionen Dollar und erwarb dafür dem Lande etwa 300 völlig wertlose hölzerne Schiffe, die ebenso wertlos sind und 1400 Stahlschiffe von recht zweifelhaftem Werte. Derselbe Senator vertrat den Standpunkt, daß die Regierung das staatliche Schiffahrtsunternehmen aufgeben müsse. Und wenn furchtsame Politiker, die dieser Ansicht entgegenhalten, daß die Regierung „zu tief drinsteke", um davon loszukommen, so dürfe man darauf keine Rücksicht nehmen. Es sei Aufgabe des Präsidenten Harding, der neuinsten Verschwendung staatlicher Gelder ein Ende zu machen. Man nimmt in Washington an, daß sofort, nachdem die neuen Mitglieder des Shipping Boards ernannt sind, Richtlinien für die Fortsetzung oder Liquidierung aufgestellt werden. Hg.

Aegypten und der Sudan.

In England hat es großes Aufsehen erregt, daß die Forderungen der ägyptischen Nationalisten, und zwar nicht allein der Richtung Zaghlul Paschas, sondern auch gemäßigter Elemente, den Sudan als integrierenden Bestandteil Aegyptens anerkennt sehen wollen. Bis zum Mahdistenaufstand gehörte der Sudan tatsächlich zu Aegypten. Nach dessen Niederwerfung durch Kitchener ist der Sudan dann von England verwaltet worden und Großbritannien möchte bei der Neuordnung seines Verhältnisses zu Aegypten nicht ohne Aufsicht, natürlich nicht verzichten. Deshalb wird in England auch behauptet, die Aegypter seien nicht imstande, den Sudan zu verwalten, ganz wie es einst hieß, daß Irland nicht die Fähigkeit besitze, Kolonien zu verwerten.

So behauptet der „Near East" in einer Korrespondenz aus Khartum, man könne einen ägyptischen Mir nicht niemals ohne Aufsicht lassen, sonst müsse man mit Bestimmtheit ein Verschwinden öffentlicher Gelder und einen Aufstand seitens der Unglücklichen erwarten, die dem Aegypter Gehorsamkeit versprochen sind. Was hier vom Sudan gesagt wird, ist natürlich auch für Aegypten gemeint und soll den Umfang begründen, daß Großbritannien bestrebt sein muß, „Protektor" in Aegypten verzichte, aber trotzdem alle Handlungen der Regierung des Nilstandes kontrolliere will.

Der Streik der badischen Textilarbeiter.

Zu der Meldung eines hiesigen Morgenblattes, daß eine Aussperrung von etwa 20 000 badischen Textilarbeitern vorgenommen worden sei, da diese entgegen den mit den Arbeitervertreungen getroffenen Vereinbarungen in verschiedenen Betrieben der badischen Textilindustrie den Streik fortsetzten, erfahren wir:

Zwei Betriebe haben, entgegen den von den Gewerkschaften gegebenen Anweisungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, neue Forderungen gestellt, nachdem die Organisationen mit den Arbeitgebern die Vereinbarungen getroffen hatten. Dies hat für die Arbeitgeber den Anlaß gebildet, sämtliche Arbeiter zu kündigen. Da die Kündigungsfrist von 14 Tagen eingehalten wird, wird die Aussperrung erst nach dieser Zeit wirksam. Es sind Bestrebungen im Gange, die Differenzen zu beseitigen. Der Streik dauert bereits seit 12 Wochen an.

In General Hoefers Hauptquartier.

Von

Werner Sinn.

Ober-Glogau, den 12. Juni.

Gestern abend spät erhielt ich die Nachricht: „Der General ist bereit, Sie morgen früh um 9.10 Uhr zu empfangen. Er bittet jedoch, pünktlich zu sein, weil er später sogleich an die Front fährt." Heute vormittag, kurz nach 8 Uhr, fuhr unser Auto aus Oppeln ab. In flotter Fahrt eines oberamtsfarbs über Magnuszrapitz-Komornik ins Hauptquartier des deutschen Selbstschutzes, zum Stadtchen Ober-Glogau, nur wenige Kilometer von der Grenze der Tschecho-Slowakei entfernt. Aenglich reichen die zahlreichen Kirchengängerinnen in ihren bunten Trachten zur Seite, stieben die vielen Gänseherden in die wogenden Kornfelder und die gepflegten Kartoffeläcker, eifrig unterbrochen die Bauern und barfüßigen Kinder die reiche Kirschenernte zu beiden Seiten der vielgewundenen Chaussee: die rasenden Entententautos haben Ile's gelehrt, vorsichtig zu sein. Rechtzeitig erreichen wir Ober-Glogau und hielten nach wenigen Minuten vor dem Schloß, in dem General Hoefer mit seinem Stabe Quartier genommen. Ist es nicht eine sonderbare Fügung, daß dieses Schloß dem Grafen Opperdorf gehört, der kurz vor der Abstimmung mit Lad und Pack zu Korfanty ging, und der jetzt in Paris lebt? Das Schloß selbst vielleicht 200 Jahre alt, nicht anders als die polnischen Herrensitze ringsum: vornehm, geschmackvoll, geräumig, inmitten eines prunkvollen alten Parks. Nur einen kleinen Seitenflügel hat das Hauptquartier in Benutzung. Eine unscheinbare Papptafel, kaum 15×60 Zentimeter groß, trägt mit Tinte geschrieben die Aufschrift „O. N. Hoefer. Eingang." Eine unbeaumte, knarrende Holztreppe herauf gelangt man in einen langen Korridor voller outer Statistiche mit französischen Beschäftigungen aus der Napoleonischen Zeit. Ein Adjutant (natürlich in Zivil, wie jedermann hier) empfängt uns, um uns in ein recht behaglich Wohnzimmer zu geleiten, das sich auszeichnet durch seine gediegene Einrichtung und durch die vielen hervorragenden Oelgemälde an den Wänden einsaum.

Gleich darauf erscheint General Hoefer: ganz schlicht, einfach in jeder Weise, voll anwortmunterender Liebenswürdigkeit und besitzt uns willkommen. Fast eine ganze Zeitlang sitzen er uns seine Lage, seine Einbrüche, die Bemeggründe seines unweigerlichen Entschlusses: „Ich weiche nicht, denn ich darf und kann mein Heimatland nicht diesen Banditen preisgeben!" Und mit einer gradezu faszinierenden Geistesheit wird es uns klar, wie ernst er es meint, wenn er in seinem Aufruf an seine Landsleute sagt: „Wir kämpfen in berechtigter Notwehr. Wir wollen nur die Wiederherstellung des Rechtes, die Wiederherstellung der erschütterten Autorität der Interalliierten Kommission, die Wiederherstellung des Friedens, den erst Korfanty unserem oberschlesischen Volk geraubt hat."

Er ist die leibhaftige Verkörperung des deutschen Selbstschutzes. In Pleß geboren, Kommandeur der Breslauer Grenadiere, der Held von Stockod, der dort seinen rechten Arm verlor, gelobnete er sich bestimmten Kommandos, so daß selbst der englische Heeresbericht seiner rühmend Erwähnung tat. Er war es, der nach Ausbruch der Revolution mit seiner Division Schlesien vor dem ersten Einfall der Polen schützte, er war es, der das Land — der Interalliierten Kommission zu treuen Händen übergab.

Der General beginnt seine Ausführungen, indem er uns mit ein paar Strichen seinen „Selbstschutz" zeichnet: Eine aus der äußersten Not geborene Organisation, um zu retten, was noch irgend zu retten war. Zaghaftige Männer saßen sich zusammen aus reinster Vaterlandsliebe. Jedes andere Land hätte in ähnlicher Lage genau so gehandelt. Es ist nicht wahr, daß große geschlossene Formationen hierher geschickt sind. Bandenhafte Rauen, wie „Freikorps", sind irreführend. Eine glänzende Organisation sind es, diese „Freikorps". Ich will nur das Korps „Oberland" erwähnen. Zuerst, wie immer bei solchen Gelegenheiten, versuchten anfangs auch Abenteurer sich einzuschmuggeln. Mit aller Energie und Entschiedenheit sind wir dagegen eingeschritten, mit unglücklicher Nichtachtung haben wir sie jetzt auch gemerzt. Ich bin stolz auf meine Truppe. Das ist das einzige Gefühl, was mich mit der ungeheuren Schwierigkeit meiner persönlichen Lage ausfüllen kann. Denn meine Stellung ist wenig beneidenswert und herzlich undankbar. Die Franzosen wollen uns unbedingt ins Unrecht setzen. Das soll ihnen nie gelingen! Ganz unbedingt wären wir mit diesen Banditen schon fertig geworden! Denn wir haben wir auch Gefühle, nämlich die wir am Annaberg erlebten. Aber ich habe Rücksicht zu nehmen auf die schwierige politische Lage des Reichs. Meineinigen soll auch die Reichsregierung nicht ins Unrecht kommen. Dem Reich sind wir hier zwar völlig getrennt, denn dieses Land unterrichtet lediglich der Interalliierten Kommission, der ich es in meinen Händen übergeben. Wenn ich wollte — ich betone es nochmals — wir wären längst vorgegangen, denn wir sind stark genug und weit zahlreicher als die gesamten Ententetruppen in Oberschlesien. Aber ich beschäme mich.

Nur eins faßt ich mir nicht gefallen — und General Hoefer wird erregt und schlägt auf den Tisch — ich verbitte mir, daß man verfucht, mich genau wie die polnischen Insurgenten zu behandeln. Le Rond will nicht einsehen, daß ich mir diese gleiche Behandlung nicht gefallen lassen kann. Es will seine Aufgabe in pazifistischem Sinne lösen. Das ist unmöglich. Denn das bedeutet lediglich ein Blutschonen jetzt, nur um ein viel größeres Blutvergießen später unweigerlich heraufzubeschwören. Man hatte mir versprochen, mit den Insurgenten nicht zu verhandeln? Aber was tut man? Man stellt ihnen ein Ultimatum und macht ihnen dann Konzessionen. Ist das etwa kein Verhandeln? Mit solchen Rebellen verhandelt kein Soldat: er handelt. Und warum dieser oblehnende Standpunkt der Franzosen? General Gratier hat es mir wiederholt bedeutet: Die Franzosen wollen